MENSCHENRECHTE FÜR HEUTE UND MORGEN

Menschenrechte gelten universell, für jeden Menschen zu jeder Zeit. Jeder Mensch kann sich auf sie berufen und diese Rechte sowohl für sich als auch für andere einfordern. Sie sind nicht statisch, sondern werden im Zusammenhang mit globalen Krisen kontinuierlich zum notwendigen Menschenrechtsschutz weiterentwickelt.

Angestoßen werden diese Prozesse meist von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und sozialen Bewegungen.

Menschenrechtsexpert*innen der Vereinten Nationen greifen diese Initiativen auf. So werden die Menschenrechte für neue Herausforderungen weiterentwickelt und schließlich von Staaten anerkannt.

Das ist besonders wichtig für Menschen, die ausgegrenzt oder diskriminiert werden und sich nicht ausreichend vor den Folgen weltweiter Krisen schützen können. Dies schließt auch Menschenrechte von Personen und Gruppen ein, die heute noch nicht leben.

Schau dir unseren digitalen Guide durch die Ausstellung an!

WER WIR SIND

FIAN ist die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf angemessene Nahrung. Wir benennen die Verursacher*innen des Hungers. Wir verschaffen den Hungernden Gehör. Gemeinsam ziehen wir die Verantwortlichen im Globalen Norden zur Rechenschaft. Wir ermutigen dazu, selbst etwas für Menschenrechte zu tun.

Weitere Infos zur Ausstellung
www.fian.de/informieren/wanderausstellung

Kontakt
FIAN Deutschland e. V.
Gottesweg 104, 50939 Köln
0221 47 44 91 10
info@fian.de | www.fian.de

Spendekonto
IBAN DE84 4306 0967 4000 4444 00
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum

Gefördert durch:
Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

GEFÖRDERT DURCH DIE
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

gefördert durch
ENGAGEMENT GLOBAL

mit Mitteln des
BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

WANDERAUSSTELLUNG

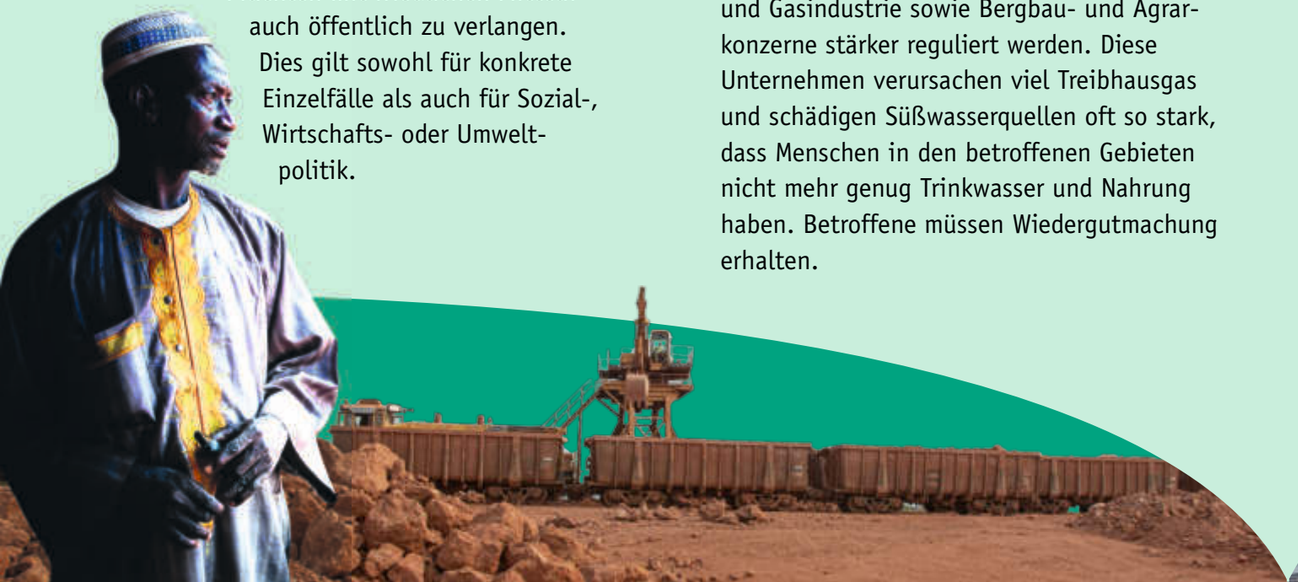
MIT MENSCHENRECHTEN UNSERE ZUKUNFT GESTALTEN

Eine Einführung

MENSCHENRECHTE ALS ANTWORT AUF GLOBALE KRISEN

Umweltzerstörung, Klimawandel, Verlust von Biodiversität und Süßwasserressourcen: Die planetaren Krisen sind menschengemacht. Sie werden von einseitigen Unternehmensinteressen angetrieben und durch wirtschaftspolitische Regelungen verfestigt. Hier kommen Menschenrechte ins Spiel. Staaten sind verpflichtet, sie ohne Ausnahme für alle Menschen zu verwirklichen. Denn das globale Problem ist die Summe aller Einzelfälle.

Staaten müssen Menschen vor Auswirkungen von Umweltkrisen schützen, die ihre Existenzgrundlage bedrohen. Staaten kommen dieser Pflicht aber oftmals nicht nach. Menschenrechte berechtigen uns, die Einhaltung dieser Pflichten mit friedlichen Mitteln auch öffentlich zu verlangen. Dies gilt sowohl für konkrete Einzelfälle als auch für Sozial-, Wirtschafts- oder Umweltpolitik.



DAS RECHT AUF EINE GESUNDE UMWELT

Menschenrechte können durch Umweltzerstörung verletzt werden - zum Beispiel die Rechte auf gesunde und ausreichende Nahrung, Wasser sowie Gesundheit.

Die Vereinten Nationen haben 2022 das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt anerkannt. Es verlangt von Staaten, Umweltverschmutzungen oder -zerstörungen zu beenden, die Menschenrechte verletzen oder bedrohen. So müssen Staaten zum Beispiel gegen die gravierenden Folgen von Klimaveränderungen, gesundheitsgefährdende Luftverschmutzungen und Eingriffe in natürliche Süßwasservorkommen vorgehen.

Dazu gehört, dass Unternehmen aus der Öl- und Gasindustrie sowie Bergbau- und Agrarkonzerne stärker reguliert werden. Diese Unternehmen verursachen viel Treibhausgas und schädigen Süßwasserquellen oft so stark, dass Menschen in den betroffenen Gebieten nicht mehr genug Trinkwasser und Nahrung haben. Betroffene müssen Wiedergutmachung erhalten.

RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN

Aktuelle globale Krisen wie die Klimakrise sind so weit fortgeschritten, dass auch die Menschenrechte junger und zukünftiger Generationen verletzt werden. Betroffen sind vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Zu ihnen zählen armutserfahrene Haushalte, Gemeinden in abgelegenen Gegenden, Frauen, indigene Völker, LGBTIQ+ sowie gesundheitlich beeinträchtigte Menschen. Sie haben meist weniger Möglichkeiten, sich vor Überflutungen, starken Temperaturanstiegen oder vergifteten Gewässern ausreichend zu schützen.

Unser Handeln oder unsere Untätigkeit haben Folgen für unsere Kinder, Enkel- und Urenkelkinder. Personen, die heute noch nicht leben, sind in 40 Jahren in der Mehrheit. Ihre Interessen werden heute jedoch nur unzureichend berücksichtigt. Alle staatlichen Entscheidungen müssen aber so getroffen werden, dass auch zukünftige Generationen alle Menschenrechte wahrnehmen können.

AKTIV WERDEN!

Der steigende Meeresspiegel in **Honduras**, die Zerstörung von Ökosystemen durch Bergbau in **Guinea** - die Beispiele der Ausstellung verdeutlichen die Folgen dieser Krisen.

Staaten müssen für ihr Handeln und ihre Untätigkeit vor internationalen Menschenrechtsgremien Rechenschaft ablegen und ihre Pflichten erfüllen. Gemeinsam können wir das mit Petitionen, öffentlichen Aktionen und in sozialen Medien einfordern und dies mit Bildungsarbeit unterstützen.

Die Ausstellung regt dazu an, aktiv zu werden.

Nimm hier an unserer aktuellen Aktion teil!